

Artikel publiziert in:

Manfred Rolfes (Hrsg.)

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Fokus

Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Bundesland Brandenburg
(Potsdamer Geographische Praxis ; 15)

2020 – 172 p.

ISSN (print) 2194-1599

ISSN (online) 2194-1602

DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-44141>



Zitiervorschlag:

Schubarth, Wilfried; Kohlstruck, Michael; Rolfes, Manfred: Zukunftsdialog tolerantes Brandenburg : Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung, In: Rolfes, Manfred (Hrsg.). Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Fokus: Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Bundesland Brandenburg (Potsdamer Geographische Praxis ; 15), Potsdam, Universitätsverlag Potsdam, 2020, S. 21–57.
DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-46817>

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Es gilt das deutsche Urheberrecht.

ZUKUNFTSDIALOG TOLERANTES BRANDENBURG

ERGEBNISSE DER WISSENSCHAFTLICHEN BEOBACHTUNG

EINE EXPERTISE IM AUFTRAG DES VEREINS
DEMOKRATIE UND INTEGRATION BRANDENBURG E. V. (DIB)

POTSDAM, 8. MÄRZ 2017

Wilfried Schubarth
Michael Kohlstruck
Manfred Rolfes

1 EINLEITUNG

Die vorliegende Expertise schließt an die Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ aus dem Jahr 2014 an.¹

Die damalige Expertise (2014) sollte durch einen Blick „von außen“ Stärken und Schwächen des landesweiten Beratungs- und Kooperationsnetzwerks identifizieren. Als Stärken wurden identifiziert: die effektiven Informations- und Kommunikationsstrukturen im Beratungsnetzwerk, die zentrale Rolle der Koordinierungsstelle und der Kernakteure wie der Mobilen Beratungsteams (MBT) und der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, das Mitwirken zahlreicher Kooperationspartner², der parteiübergreifende Grundkonsens und das konstruktive Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte sowie die finanzielle und personelle Stabilität und Kontinuität der Arbeit.

Zugleich wurden in der Expertise von 2014 mehrere *Diskussions- und Entwicklungsbedarfe* für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) formuliert. Diese betrafen vor allem folgende Themenfelder (vgl. Expertise 2014, S. 58 ff.):

- 1) *Struktur und Status des TBB*, insbesondere die transparente Gestaltung des Verhältnisses des TBB gegenüber den Ministerien und der Zivilgesellschaft.
- 2) *Ziele, Inhalte und Aufgaben des TBB*, z. B. die Klärung des Verhältnisses von Rechtsextremismus-Bekämpfung und Demokratieförderung sowie von Intervention und Prävention; mehr Bedeutung sollte dabei den peripheren Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf zukommen sowie insgesamt der Zurückdrängung von Vorurteilen und fremdenfeindlicher Gewalt.
- 3) *Arbeit auf operativer Ebene*, z. B. Kriterien für die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks entwickeln, die Sichtbarkeit des TBB weiter erhöhen, die Qualität- und Evaluationsdebatte intensivieren und die Zukunft des TBB stärker in den Blick nehmen.

1 Vgl. Schubarth, W., Kohlstruck, M., Rolfes, M.: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 3–6, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2016).

2 Mit dem im Text verwendeten generischen Maskulinum sind alle sozialen und natürlichen Geschlechter gemeint.

Als Weg zur Bearbeitung der anstehenden Aufgaben wurde ein partizipativ angelegter Dialogprozess empfohlen, der zugleich die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern könnte. Insgesamt – so das damalige Fazit – seien jedoch feste strukturelle Grundlagen vorhanden, um auch neuen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich begegnen zu können (Expertise 2014, S. 63). Die damals noch vage formulierten „neuen Herausforderungen“ ließen nicht lange auf sich warten: Die weltweiten Veränderungen seit 2014, insbesondere die Zuwanderung Geflüchteter und das Erstarken des Rechtspopulismus, brachten bzw. bringen auch für das Land Brandenburg neue Herausforderungen mit sich. Insofern stehen dem „Toleranten Brandenburg“ neue Bewährungsproben bevor.

Mit den Zukunftsdialogen wurde *eine* der zentralen Empfehlungen der Expertise 2014 aufgegriffen, und zwar die nach der notwendigen *Unterstützung der Akteursnetzwerke in den Regionen (Regionalisierung)*. Damit erfolgte ein wichtiger Schritt, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ weiterzuentwickeln.

2 ZIEL UND METHODIK DER EXPERTISE

Ausgehend von den Empfehlungen aus dem Jahr 2014 initiierte die Koordinierungsstelle 18 Zukunftsdialoge. Die Durchführung lag beim Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“. Ziel war es, mehr über die Potenziale, die Herausforderungen und eventuelle Bedarfe in den Regionen in Erfahrung zu bringen und noch stärker in der Arbeit der Landesebene zu berücksichtigen. Dazu wurden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 18 Zukunftsdialoge in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt. Das Autorenteam hat den Auftrag übernommen, diese 18 Veranstaltungen wissenschaftlich zu beobachten.

Ziel der vorliegenden Expertise ist es, die Beobachtungen der 18 Zukunftsdialoge zu dokumentieren und wissenschaftlich auszuwerten. Gegenstand sind *Stand und Entwicklung der Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung*, insbesondere die Frage, wie die Regionalisierung durch die Landesebene noch besser unterstützt werden kann.

Konkret stehen *drei forschungsleitende Fragen* im Mittelpunkt:

- 1) *Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?*
Hier geht es vor allem um die Zusammensetzung der lokalen bzw. regionalen Akteursnetzwerke in thematischer, organisationsbezogener und sozio-demografischer Hinsicht (vgl. Kap. 3.2).
- 2) *Welche Erwartungen stellen die regionalen Akteure an die Landesebene?*
Hierbei geht es um Fragen nach der Unterstützung der Regionen durch die Landesebene und generell um Wünsche seitens der Lokal- und Regionalebene hinsichtlich einer künftigen Zusammenarbeit mit der Landesebene (vgl. Kap. 3.3).
- 3) *Welche Themen sind in den Handlungsfeldern in den Regionen wichtig?*
Auf den Zukunftsdialogen sollten u. a. die Fragen beantwortet werden, welche Aufgaben aktuell von den lokalen bzw. regionalen Netzwerken für bearbeitungsbedürftig gehalten werden und welche Aufgaben in Zukunft angegangen werden sollen (vgl. Kap. 3.4).

Aus wissenschaftlicher Perspektive geht es letztlich um die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von *Zentralisierung und Dezentralisierung* bei der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Flächenland Brandenburg.

Die vorliegende Expertise stützt sich vor allem auf folgende Methoden, die im *Untersuchungszeitraum von April 2015 bis November 2016* zum Einsatz kamen:

- a) *Statistiken*
Alle zugänglichen Statistiken zu den 18 Zukunftsdialogen wurden ausgewertet, insbesondere Anmelde- und Teilnehmerlisten, Einladungslisten, Differenzierung nach ausgewählten Kategorien.
- b) *Befragung von Hauptakteuren der Zukunftsdialoge (Kurzinterviews)*
Vor sowie während und nach den Zukunftsdialogen wurden Kurzinterviews bzw. Gespräche mit den zentralen Akteuren geführt: MBT, Koordinatoren der „Partnerschaften für Demokratie“ bzw. der „Lokalen Aktionspläne“ (Pfd/LAP).
- c) *Beobachtungen aller 18 Zukunftsdialoge*
Alle Konferenzen wurden von mindestens einem Wissenschaftler nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. an Kriterien/Indikatoren orientiert, beobachtet, protokolliert und ausgewertet.
- d) *Dokumentationen zu den Zukunftsdialogen*
Die Zukunftsdialoge wurden aus unterschiedlichen Perspektiven und in verschiedenen Formaten dokumentiert, z. B. Ergebnis-, Verlaufsdocumentation, interne Berichte, Homepage, Medienberichte usw. Insbesondere die in den Arbeitsgruppen dokumentierten Ergebnisse wurden in die Expertise mit einbezogen.

Mit den genannten vielfältigen Methoden wurde angestrebt, ein möglichst facettenreiches Bild von den Zukunftsdialogen zu erhalten, um so die Forschungsfragen fundiert beantworten zu können. Die Ergebnisse wurden mit Akteuren der Koordinierungsstelle und dem Beratungsnetzwerk diskutiert; deren Rückmeldungen wurden in der vorliegenden Expertise berücksichtigt.

3 ZENTRALE ERGEBNISSE DER EXPERTISE

3.1 Zukunftsdialoge: Struktur, Organisation und Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird zunächst informiert, wie die 18 Zukunftsdialoge typischerweise abgelaufen sind. Planung und Durchführung der Veranstaltungen stützen sich in hohem Maße auf die Akteursnetzwerke in den Landkreisen und Städten und auf die dort bestehenden organisatorischen Strukturen. Zu den Rahmenbedingungen der Veranstaltungsreihe gehört die veränderte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die seit dem Spätsommer 2015 für die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge und für die Förderstrukturen erhebliche Konsequenzen hatte.

3.1.1 Veranstaltungsstruktur

Die 18 Zukunftsdialoge wurden bis auf die Eröffnungsveranstaltung als eintägige Fachtagungen durchgeführt. Die Veranstaltungsdaten und die jeweiligen organisatorischen Kontexte sind in Tabelle 1 aufgeführt; sie werden in den Kapiteln 3.1.1 bis 3.1.4 erläutert.

Alle Zukunftsdialoge umfassten zwei Teile: Der weitgehend einheitlich gestaltete Informationsblock am Vormittag lag in der Verantwortung der Koordinierungsstelle des TBB (in Tab. 2 grau unterlegt), während der zweite Teil von den regionalen Veranstaltern gestaltet wurde.

Landkreis/Stadt, Veranstaltungsort (Nummerierung in zeitlicher Folge)	Termin (Wochentag)	Kombination ZD mit Pfd- Demokratiekonferenz (Kurzbez. der Pfd; landkreis- weit oder Teilregion)	Ausrichtung des ZD in Kooperation mit anderen lokalen Netzwerken	Dokumentati- on im Internet verfügbar	PfD/LAP in der Region ohne Ausrichtung des ZD
Barnim, <i>Schorfheide Buckow</i> (17)	13.10.2016 (Do)	✗	✓	✓	
Brandenburg an der Havel (4)	23.11.2015 (Mo)	✗	✓	✓	
Cottbus (1)	17./18.4.2015 (Fr/ Sa)	✓			
Dahme-Spreewald, <i>Wildau</i> (2)	7.5.2015 (Do)	✓		✓	
Elbe-Elster, <i>Doberlug-Kirchhain</i> (6)	18.2.2016 (Do)	✓		✓	
Frankfurt (Oder) (12)	11.6.2016 (Sa)	✓		✓	
Havelland, <i>Nauen</i> (11)	4.6.2016 (Sa)	✓ Falkensee	✓	✓	PfD West- havelland
Märkisch-Oderland, <i>Schloss Trebnitz</i> (13)	14.7.2016 (Do)		✓	✓	PfD Fürsten- walde, PfD MOL
Oberhavel, <i>Oranienburg</i> (15)	5.10.2016 (Mi)	✓	✓	✓	
Oberspreewald-Lausitz, <i>Senftenberg</i> (16)	7.10.2016 (Fr)	✗	✓	✓	
Oder-Spree, <i>Eisenhüttenstadt</i> (14)	29.9.2016 (Do)	✗	✓	✓	
Ostprignitz-Ruppin, <i>Kyritz</i> (7)	22.2.2016 (Mo)	✓		✓	
Potsdam (5)	28.11.2015 (Sa)	✗	✓		
Potsdam-Mittelmark, <i>Michendorf</i> (18)	30.11.2016 (Mi)	✓ Hoher Fläming		✓	
Prignitz, <i>Wittenberge</i> (8)	13.4.2016 (Mi)	✓ Prignitz		✓	
Spree-Neiße, <i>Forst</i> (10)	26.5.2016 (Do)	✓		✓	
Teltow-Fläming, <i>Luckenwalde</i> (3)	4.7.2015 (Sa)	✓		✓	
Uckermark, <i>Prenzlau</i> (9)	22.4.2016 (Fr)	✓		✓	

ZD = Zukunftsdialog PfD = Partnerschaften für Demokratie LAP = Lokale Aktionspläne

Quellen für Tabelle 1:

Webseite Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg (Träger: Demokratie und Integration Brandenburg e. V.), abrufbar unter: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 9.1.2017).

Webseite des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (Träger: BMFSFJ), abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/programm/partner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: 9.1.2017) und Auskünfte der regionalen Organisatoren.

Tab. 1: Übersicht über die 18 Zukunftsdialoge

9:00 Uhr	Ankommen der Teilnehmer, Kaffee, Imbiss
9:30 Uhr	Begrüßung durch den Landrat oder andere Politiker Begrüßung durch die gastgebende Einrichtung und weitere Grußworte Vorstellen der Agenda
10:00 Uhr	Information über Struktur und Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ durch die Vertreterin der Koordinierungsstelle Kurzfilme zu den Organisationen des Beratungsnetzwerkes des TBB Information zur regionalen Situation des Rechtsextremismus durch einen Vertreter des Verfassungsschutzes Brandenburg oder des MBT
12:00 Uhr	Vortrag eines Wissenschaftlers zur Flüchtlingsthematik, Demokratieförderung und Rechtspopulismus- Thematisierung, zu Rechtsextremismus oder einem anderen Thema (nur bei einigen Veranstaltungen) Vorstellung der Thementische oder Arbeitsgruppen für den Nachmittag Zuordnung der Teilnehmer zu den Gruppen
13:00 Uhr	Mittagspause
14:00 Uhr	Arbeit in Kleingruppen an Thementischen oder in Arbeitsgruppen Dokumentation der Arbeitsergebnisse auf Flipchart oder Metaplan-Wänden
15:45 Uhr	Vorstellung der Gruppenergebnisse im Plenum Auswertung und Zusammenfassung der Veranstaltung
16:30 Uhr	Ende der Veranstaltung

Tab. 2: Typischer Ablauf eines Zukunftsdialogs

3.1.2 Organisation der Zukunftsdialoge

Die Initiative zu den Zukunftsdialogen geht auf die Koordinierungsstelle TBB zurück. Die Durchführung der Zukunftsdialoge wurde dem Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V. (DIB)“ mit seinen beiden Arbeitsbereichen RAA und MBT übertragen.³

Die Delegation des Projekts Zukunftsdialoge an den DIB e. V. ist im Hinblick auf das übergeordnete Ziel einer intensiveren Regionalisierung des TBB ein aufschlussreiches Faktum: Für die Koordination von Planung, Vorbereitung und Durchführung der Zukunftsdialoge wurde eine zentrale Projektstelle in der Geschäftsstelle des DIB e. V. eingerichtet; in den Landkreisen und Städten wurde die Organisation von den sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT) übernommen, die DIB e. V. in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin unterhält. Diese Büros bilden die regionalen Niederlassungen von RAA und MBT.⁴ Diejenigen Zukunftsdialoge, die mit einer Tagung der „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) gekoppelt waren, wurden in unterschiedlichem Umfang von den jeweiligen

³ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Zukunftsdialog> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

⁴ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Regionale-Struktur> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

PfD-Koordinatoren mitorganisiert.⁵ In etlichen Fällen wirkten überdies die jeweilige Kreisverwaltung oder einzelne Freie Träger mit.

Mit der Initiierung seitens der Koordinierungsstelle und der Vorgabe des zeitlichen Rahmens der Reihe, der Zweiteilung des Programms, der Koordination durch DIB e. V. und der Organisation der Zukunftsdialoge in den Regionen waren sehr viele Akteure mit teilweise divergierenden Interessen an den Zukunftsdialogen beteiligt. Dies wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass im Zuge komplizierter Planungsprozesse die Termine in manchen Regionen mehrfach verschoben wurden. In manchen Landkreisen herrschten überdies zunächst Vorbehalte gegenüber einer von zentraler Stelle anberaumten Tagung. Hier musste ein möglicher Ertrag für die Region erst verdeutlicht werden.

An der Tatsache, dass die Zukunftsdialoge als Projekt des DIB e. V. durchgeführt wurden, lässt sich ersehen, dass mit den BITs (RAA und MBT) handlungsfähige regionalisierte Akteure innerhalb des TBB existieren. Auch die Koordinatoren der PfD/LAP, die bei etlichen Zukunftsdialogen maßgeblich mitgewirkt haben, sind solche Akteure mit hoher Regionalkompetenz. Sie sind jedoch nur mittelbar Teil des TBB, da sie aus Bundesmitteln finanziert werden. Die landesweite Kooperation von 9 der 15 PfD-/LAP-Koordinationsstellen wird wiederum vom DIB e. V. organisiert.

Ohne die spezifischen Kenntnisse von aktuellen Problemlagen und Akteursnetzwerken wären die Planung und Durchführung der Zukunftsdialoge nicht möglich gewesen. Mit diesen regionalen Akteuren existiert somit eine stabile Grundlage für eine weitere Intensivierung der regionalen Bedeutung des TBB.

3.1.3 Akteursnetzwerke und Förderstrukturen

In den vier kreisfreien Städten und den 14 Landkreisen des Landes existieren unterschiedlich große Akteursnetzwerke. Diese Akteursnetzwerke bestehen aus ehrenamtlich tätigen Personen, aus Mitarbeitern von Freien Trägern, von Kommunalverwaltungen und aus Kommunalpolitikern. Sie stellen die gesellschaftliche Basis der operativen Arbeit der Demokratieförderung (einschließlich der Thematisierung von Rechtspopulismus), der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Flüchtlingsintegration und allen weiteren Aspekten von Integration und Inklusion dar.

Ihre Entstehung, ihre Entwicklung und ihre aktuelle Existenz verdanken sie der Initiative von engagierten Einzelnen und Gruppen, die in ihrem (beruflichen oder privaten) sozialen Umfeld Probleme identifizieren und sich entschließen, diese Probleme zu bearbeiten.

Das Alter, der Umfang, die personelle Zusammensetzung, Organisations- und Rechtsformen, die territoriale Reichweite, das Verhältnis zur kommunalen Ver-

⁵ „Partnerschaften für Demokratie“ werden in Kapitel 3.1.3 näher erläutert.

waltung und Politik, die Themen und die Aktivitätsformen dieser Netzwerke unterscheiden sich stark. Diese Akteursnetzwerke waren zum einen die Zielgruppe, an die sich die Zukunftsdialoge richteten, zum anderen hätten die Zukunftsdialoge nicht vorbereitet und durchgeführt werden können ohne die engagierte Mitwirkung von Aktivkernen dieser Akteursnetzwerke.

Charakteristisch für die Situation in Brandenburg ist dabei die Verschränkung von Bundes- und Landesförderung und die damit zusammenhängende Organisation der Akteursnetzwerke: In 15 Städten, Regionen oder ganzen Landkreisen Brandenburgs werden derzeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindschaft“ sogenannte „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) gefördert.⁶

Die Pfd sind regionale Kooperationsverbände, die mit der finanziellen Förderung aus dem Bundesprogramm über einen *Aktions- und Initiativfonds* verfügen. Damit werden Projekte in der Region gefördert. Bei der Vergabe der Mittel berät der jeweilige *Begleitausschuss*, der sich aus Vertretern der Region zusammensetzt. Die Regie liegt bei den regionalen *Koordinierungsstellen* der jeweiligen Pfd.⁷

Zum Konzept der Pfd gehört es, dass mit einem Aktivitätsbudget zwischen 35.000 € und 55.000 € kalenderjährlich pro Pfd Kleinst- und Kleinprojekte mit Sachmitteln (und nicht mit Personalmitteln) gefördert werden und damit vor allem die Arbeit von Ehrenamtlichen unterstützt wird.⁸ Die Pfd wurden unter der Bezeichnung „Lokale Aktionspläne“ (LAP) erstmals mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ (Programmlaufzeit 2007 bis 2010) eingeführt. Das anschließende Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN, KOMPETENZ STÄRKEN“ hat die Förderung von LAP fortgeführt.⁹ Die Pfd im derzeit laufenden Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ entsprechen den früheren LAP. Die Bezeichnung LAP hat sich im Sprachgebrauch der Akteure weitgehend erhalten.

Die Pfd sind aktuell seitens des BMFSFJ verpflichtet, kalenderjährlich eine sogenannte „Demokratiekonferenz“ durchzuführen. 13 der insgesamt 18 Zukunftsdialoge wurden im Rahmen der obligatorischen Pfd-Demokratiekonferenzen organisiert, bei denen über die Arbeits- und Förderschwerpunkte der Pfd zu beraten war (vgl. Tab. 1). Sie wurden dazu um einen spezifischen inhaltlichen Teil ergänzt. Fünf Zukunftsdialoge wurden nicht zugleich auch als Pfd-Demokratiekonferenzen durchgeführt (vgl. Tab. 1).

6 Übersicht über die in Brandenburg existierenden Pfd/LAP, abrufbar unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: 8.2.2017).

7 Vgl. die Webseite des Bundesprogramms, abrufbar unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

8 Vgl. die Richtlinien des Programms: abrufbar unter URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/ba_151221_Leitlinie-A_Partnerschaften_fuer_Demokratie_aktualisiert.pdf, S. 14 (letzter Zugriff: 1.11.2016). Und https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2017.pdf, S. 14 (letzter Zugriff: 2.1.2017).

9 Vgl. <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

Der hohe Anteil der Zukunftsdialoge, die auf eine ohnehin anstehende Demokratiekonferenz aufgesattelt waren, macht zweierlei deutlich: Die Tatsache existierender Akteursnetzwerke in den Städten und Regionen Brandenburgs war die Voraussetzung dafür, dass die Zukunftsdialoge überhaupt eine interessierte Teilnehmerschaft ansprechen konnten. Demokratieförderung und Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften wird in Brandenburg nicht allein aus dem Landeshaushalt gefördert, sondern auch über den Bund. Die Koordinierungsstelle TBB ist dabei für die Vergabe von Landesmitteln wie für die Mitentscheidung über die Vergabe der Bundesmittel zuständig.

3.1.4 „Tolerantes Brandenburg“ und „Bündnis für Brandenburg“

In der Zeit zwischen dem dritten (Juli 2015) und dem vierten Zukunftsdialog (November 2015) entschied die Bundeskanzlerin im Spätsommer 2015, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. In der Folge erreichte der Zustrom von Flüchtlingen einen bis dahin unbekanntem Umfang. Dies stellte sowohl die Landespolitik wie auch die regionalen Akteursnetzwerke vor neue Herausforderungen. Eine Antwort bestand in der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ (BfB) am 26.11.2015.

„Ziel des Bündnisses ist es, Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es eine zentrale Plattform für gesellschaftliche Kommunikation zur Flüchtlingsintegration sein. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie wird nur gelingen, wenn sich die Gesellschaft dieser Aufgabe stellt und sie als Chance begreift.“¹⁰

Die Koordination dieses neuen Kooperationsverbundes wurde in der Staatskanzlei angesiedelt. Mit Wirkung zum 1.4.2016 wurde die Koordinationsstelle des TBB vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) ebenfalls in die Staatskanzlei verlagert. Das Bündnis für Brandenburg wird von der Leiterin der Koordinierungsstelle des TBB koordiniert.¹¹

Mit der neuen Flüchtlingspolitik und der Gründung des BfB waren Veränderungen bei den Zukunftsdialogen zu beobachten, die sich auf die Förderpolitik, auf die Themenauswahl und auf die Teilnehmerzusammensetzung bezogen.

Die finanziellen Landes- und Bundesmittel, die unmittelbar oder unter Mitwirkung der Koordinierungsstelle des TBB beantragt werden konnten, wurden deutlich erhöht. Dabei lag die finanzielle Ausstattung aus Landeshaushaltsmitteln beim BfB mit 1,73 Mio. € über dem Etat des TBB (1,17 Mio. €).¹² Bei den Zukunfts-

¹⁰ Webseite Bündnis für Brandenburg: <http://buendnis-fuer-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 2.1.2017).

¹¹ Vgl. dazu die Begründung der Staatskanzlei im Brandenburgischen Landtag vom 27.4.2016 (LT-Plenarprotokoll 6/27, S. 2471).

¹² Vgl. zu den Details den 6. Bericht der Landesregierung „Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vom Mai 2016, (LT-Drs. 6/4243, insbes. S. 4, 8, 63, 65), abrufbar unter URL: <https://www.parlamentsdokumentation.de/>

dialogen wurde über die veränderte Finanzausstattung durch das Land und über die Erhöhung der Förderleistungen aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ informiert. Damit wurde die Service-Aufgabe der Koordinierungsstelle bei der Vergabe von Fördermitteln betont und seitens der Landesebene des TBB die vertikale Information gegenüber den regionalen Akteursnetzwerken intensiviert.

Die neue politische Situation bestimmte die Themenwahl der Zukunftsdialoge, sodass Fragen der Flüchtlingspolitik, der ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützung und der Flüchtlingsintegration generell in den Mittelpunkt gestellt wurden (vgl. Kap. 3.4). Zunächst standen Aspekte der Unterbringung im Fokus, später Fragen der Integration in Alltag, Bildung und Wirtschaft.

Hinsichtlich der Teilnehmerschaft bestand die Veränderung darin, dass im Verlaufe der Reihe der Zukunftsdialog mit den in der Flüchtlingsarbeit Engagierten auch Personen zu den Veranstaltungen gekommen waren, die zuvor nicht Teil der bestehenden regionalen Akteursnetzwerke waren. Dazu gehörten etwa Mitglieder von sogenannten „Willkommensinitiativen“. Diese Entwicklung war nicht bei allen Zukunftsdialogen in gleichem Maße zu beobachten, lässt sich aber als Tendenz festhalten. Das thematisch breit aufgespannte Dach ließ die Zukunftsdialoge in zunehmendem Maße auch zu einer Anlaufstelle für Akteure der Flüchtlingsarbeit werden.

3.2 Akteure und Teilnehmer¹³

Dieses Kapitel analysiert die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge (vgl. Kap. 2, Frage 1). An den durchgeführten 18 Zukunftsdialogen im Land Brandenburg nahmen insgesamt 1.244 Personen teil, weitere 243 hatten sich angemeldet, mussten dann aber letztlich die Teilnahme absagen (vgl. Tab. 3). Eingeladen wurde in der Regel durch die Veranstalter vor Ort. Dabei erfolgte überwiegend eine namentliche Einladung von potenziellen Interessenten in den Kommunalverwaltungen sowie von offiziellen und informellen regionalen Netzwerken (z. B. lokale Partnerschaften für Demokratie, Integrationsnetzwerke, Netzwerke sozialer Dienste, einschlägige Initiativen und Vereine). Es wurden zudem Vertreter aus Politik und Parteien eingeladen sowie die lokalen Vertreter der Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. Diese wurden in den meisten Fällen von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Branden-

[brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_4200/4243.pdf](https://www.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_4200/4243.pdf); Nachtragshaushaltsgesetz 2016 (LT-Drs. 6/3270, S. 105 ff.) sowie https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_3200/3270.pdf.

¹³ Die Aussagen in diesem Abschnitt gehen einerseits auf Auswertungen der Anmelde- und Teilnehmerlisten der 18 Zukunftsdialoge zurück sowie andererseits auf die Zählungen und Beobachtungen während der Veranstaltungen. Bei den nachfolgenden Auswertungen wurden die Vertreter der Organisationsteams (z. B. von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, demos oder Moderatoren) nicht berücksichtigt. Deren Größenordnung lag jeweils zwischen 7 und 10 Personen.

burg“ eingeladen. Nach Schätzung der einladenden Institutionen wurden mit den Einladungen je Stadt bzw. Landkreis zwischen 200 und 400 Personen erreicht. In mehreren Regionen wiesen die lokalen Verantwortlichen und Organisatoren darauf hin, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge in signifikantem Maße neue Akteure und Interessenten aktiviert werden konnten.

An den 18 Veranstaltungen nahmen durchschnittlich 70 Personen teil. Mit 106 Personen verzeichnete der Zukunftsdialog im Landkreis Oberhavel die meisten Teilnehmer, in Frankfurt (Oder) fand der kleinste Zukunftsdialog statt. Eine Prüfung zeigte, dass die Teilnehmendenzahlen nur schwach mit den Einwohnerzahlen der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte korrelieren und nur bedingt mit der Anzahl und Verbreitung von Einladungen in Zusammenhang stand. Nach Aussagen der Veranstalter repräsentieren die Teilnehmer zwischen 40 und 60 %, in Einzelfällen auch 90 % der aktiven Akteure der lokalen Netzwerke für Toleranz- und Demokratieförderung und Integration. Diese Streuung der Teilnehmerzahlen muss als Ergebnis zahlreicher lokaler und situativer Rahmenbedingungen verstanden werden (vgl. auch Kap. 3.4.2). Unseren Einschätzungen zufolge war beispielsweise das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen eher dann besonders groß, wenn in den Veranstaltungen aktuelle Bedarfslagen der regionalen Akteursnetzwerke aufgegriffen wurden (z. B. die Erarbeitung eines kreisweiten Integrationskonzepts). In vielen Landkreisen und kreisfreien Städten wirkte sich dagegen eine enge zeitliche Folge von inhaltlich ähnlichen Tagungen und Netzwerktreffen (z. B. Dialogforen auf Landes- und Kreisebene, Koordinierungstreffen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung, Veranstaltungen im Rahmen des BfB) mindernd auf die Teilnehmerzahlen der Zukunftsdialoge aus.

Ähnliches ließ sich auch hinsichtlich der Teilnehmerstabilität im Tagesverlauf der Zukunftsdialoge beobachten: In denjenigen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen über etablierte Netzwerke eingeladen wurde und gleichzeitig die Zukunftsdialoge in bestehende Funktionszusammenhänge und Entwicklungsprozesse substanziell eingepasst werden konnten (z. B. im Landkreis Elbe-Elster, im Landkreis Oder-Spree), verzeichneten die Zukunftsdialoge hohe und über den Tag stabile Teilnehmerzahlen. Dominierte dagegen der Informationscharakter, so fielen die Teilnehmerzahlen eher gering aus und die „Schwundquoten“ waren überdurchschnittlich hoch.

Somit ist zu konstatieren, dass die Zusammensetzung und die Anzahl der Teilnehmer der Zukunftsdialoge das Ergebnis eines vielschichtigen Selektionsprozesses ist, der von zahlreichen Determinanten bestimmt wird.

Die Zählungen während der Zukunftsdialoge machen deutlich, dass die Zahlen der tatsächlich Anwesenden nicht immer mit den Werten aus den Anmeldelisten übereinstimmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Angemeldeten ganztägig an den jeweiligen Zukunftsdialogen teilnahmen. Im Laufe der Tagesveranstaltungen kam es fast überall zu Schwankungen und einem unterschiedlich starken Schwund der Teilnehmerschaft. Im Hinblick auf das Geschlecht und die

Altersstruktur der Teilnehmer gab es zwar Schwankungen, diese können aber nur einzelfallbezogen interpretiert werden.

Die weitaus meisten Teilnehmer an den Zukunftsdialogen gehörten Vereinen und Verbänden, lokalen Verwaltungen, Gebietskörperschaften, Parteien oder politischen Gremien an. Mit einem Drittel stellen Mitglieder von Vereinen und Verbänden das größte Kontingent der Teilnehmer, gefolgt von Vertretern der lokalen Gebietskörperschaften oder Verwaltungseinrichtungen (24%). 14 % der Teilnehmenden waren Mitglieder von institutionell nicht gebundenen Netzwerken, Bündnissen und Initiativen. Ihr Anteil war in der Stadt Potsdam (44 %) und im Landkreis Barnim (33 %) auffällig hoch, beide haben keinen LAP bzw. keine Partnerschaft für Demokratie. 9 % der Teilnehmer waren Vertreter von Politik und Parteien, der überwiegende Teil auf der kommunalen Ebene. Vertreter von Landesverwaltungen oder Ministerien waren nur vereinzelt anwesend. Der Anteil der Kooperationspartner lag im Durchschnitt bei 15 %. Insgesamt waren 206 Personen von 22 unterschiedlichen Kooperationspartnern anwesend. Darunter stellten die Wohlfahrtsverbände, die evangelische Kirche und die Landessportjugend/der Landessportbund die größten Gruppen.

Landkreis	Teilnehmer (laut Anmelde Listen, ohne Organisationsteam)				Teilnehmer (Zählungen und Schätzungen der Veranstaltungsbeobachter)			
	anwesend	abgesagt	davon Frauen	davon KoopPartn.	vormittags	davon <25 J.	davon >65 J.	nachmittags
Barnim	83	10	53 %	13 %	60	3 %	17 %	36
Brandenburg a. d. Havel	48	21	67 %	17 %	48	15 %	9 %	32
Cottbus (2-tägig)	71	6	58 %	17 %	50	18 %	k.A.	48
Dahme-Spreewald	60	11	38 %	17 %	48	17 %	4 %	36
Elbe-Elster	96	21	57 %	10 %	95	12 %	9 %	66
Frankfurt (Oder)	32	9	45 %	10 %	25	12 %	28 %	21
Havelland	63	5	49 %	10 %	50	10 %	10 %	40
Märkisch-Oderland	79	21	57 %	10 %	85	12 %	12 %	70
Oberhavel	106	13	47 %	16 %	75	13 %	13 %	70
Oberspreewald-Lausitz	44	10	61 %	14 %	42	3 %	-	29
Oder-Spree	88	23	52 %	19 %	85	5 %	2 %	75
Ostprignitz-Ruppin	81	19	51 %	11 %	80	7 %	4 %	66
Potsdam	61	34	62 %	7 %	50	10 %	10 %	40
Potsdam-Mittelmark	70	9	57 %	4 %	45	2 %	15 %	64
Prignitz	95	12	60 %	7 %	90	6 %	5 %	60
Spree-Neiße	48	k.A.	58 %	10 %	49	8 %	-	29
Teltow-Fläming	68	12	54 %	19 %	67	15 %	5 %	62
Uckermark	51	7	61 %	16 %	49	4 %	10 %	34
Insgesamt	1 244	243	55 %	15 %				

Tab. 3: Teilnahme an den 18 Zukunftsdialogen im Überblick

Wie Abb. 1 zu entnehmen ist, treten in Bezug auf die Teilnehmerzusammensetzungen zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Beispielsweise liegt der Anteil der Vertreter von Vereinen und Verbänden im Landkreis Märkisch-Oderland bei 56 %, im Landkreis Uckermark dagegen bei nur 20 %. Im Landkreis Barnim lag der Anteil von Teilnehmern aus Politik und Parteien bei nur 2 %, in der Stadt Brandenburg an der Havel bei 17 %. Für diese Streuungen können sehr unterschiedliche Ursachen verantwortlich sein. So lassen sie sich beispielsweise darauf zurückführen, in welcher Form zum Zukunftsdialog eingeladen wurde, welcher Stellenwert dem Zukunftsdialog innerhalb der kreisweiten Integrationspolitik zugedacht wurde oder an welchem Wochentag die Veranstaltung angesetzt wurde.

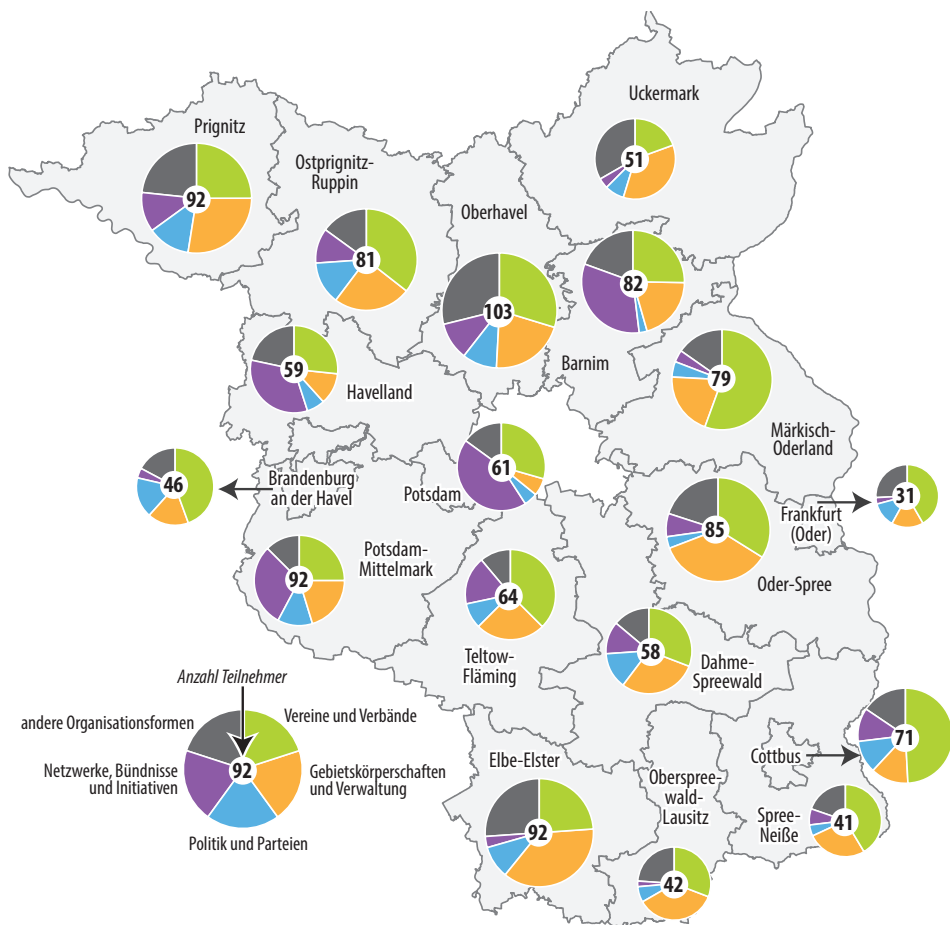


Abb. 1: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Organisationsformen (Quelle: Teilnehmerlisten)

Die Abb. 2 gibt Auskunft, in welchen Handlungsfeldern die Teilnehmenden der 18 Zukunftsdialoge aktiv sind. Die Handlungsfelder wurden auf der Grundlage der organisationsbezogenen Angaben der Teilnehmer in den Anmelde Listen ermittelt. Dabei konnten nicht alle Anwesenden einem spezifischen, einzelnen Handlungsfeld zugewiesen werden, da viele Aktive Querschnittsaufgaben verfolgen und in mehreren Handlungsfeldern tätig sind. Das Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* ist mit 22% am stärksten vertreten, vor allem in den Landkreisen Havelland und Barnim. Akteure, die dem Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* zugeordnet wurden, stellen 15% der Teilnehmer, wobei die Anzahl von Personen, die ausschließlich dem Bereich Sport zuzuordnen sind, mit insgesamt 33 Personen relativ gering ausfällt. Akteure aus den Bereichen *Demokratie- und*

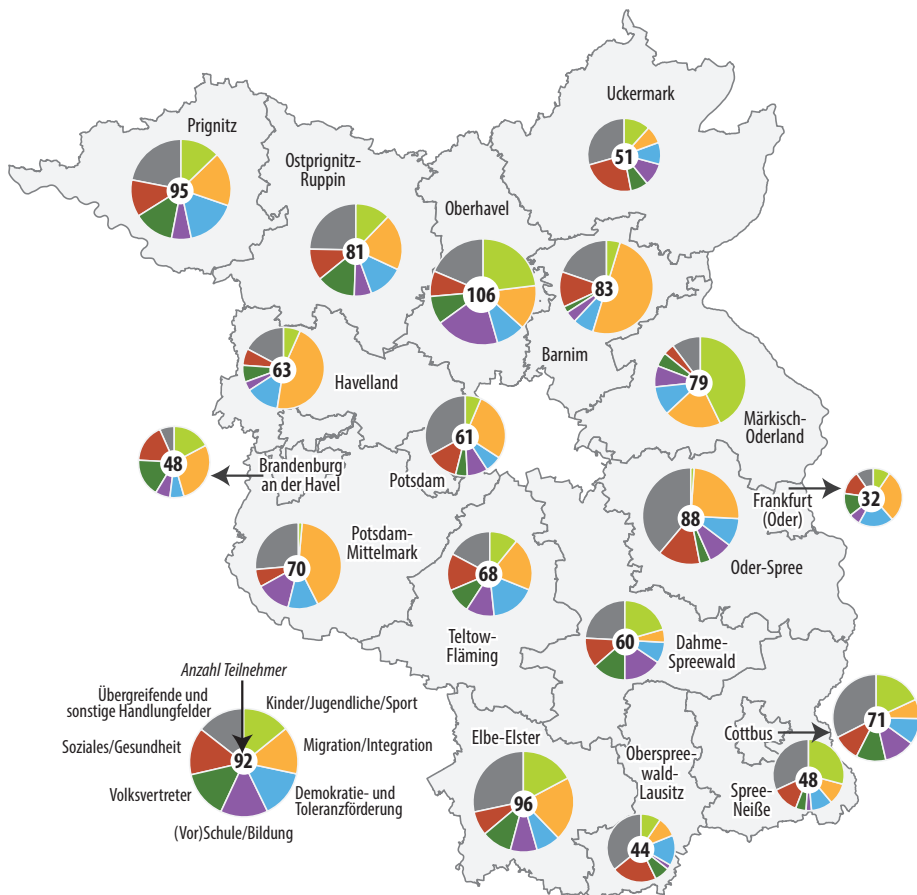


Abb. 2: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Handlungsfeldern (Quelle: Teilnehmerlisten)

Toleranzförderung sowie *Sozialer Arbeit* (im weitesten Sinne) machten jeweils 11 % aus. 9 % der Teilnehmer waren gewählte Vertreter bzw. deren Mitarbeiter, darunter 47 aus Kommunalparlamenten, 41 aus dem Land- oder Bundestag und 20 Bürgermeister oder Landräte. Sie waren allerdings auf den Zukunftsdialogen in den Landkreisen Barnim, Oder-Spree und Spree-Neiße sowie der Landeshauptstadt Potsdam nur gering vertreten. 8 % der Teilnehmer können dem Handlungsfeld *Kinderbetreuung, Schule und Schulsozialarbeit* zugerechnet werden, worunter sich knapp 40 Lehrer befanden.

Wie sich schon bei den Organisationsformen (vgl. Abb. 1) zeigte, werden erhebliche Schwankungen bei den Handlungsfeldern deutlich. Die Hintergründe können nur regionsspezifisch erklärt werden. So fanden beispielsweise in den Landkreisen Barnim und Potsdam-Mittelmark im Anschluss an die Zukunftsdialoge offizielle Dankesveranstaltungen und Festakte für die lokalen Willkommensinitiativen statt. Dementsprechend hoch liegen in den beiden Landkreisen die Anteile der Teilnehmenden aus dem Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* (häufig Aktive aus lokalen Willkommensinitiativen).

Auf der Grundlage der Anmelde Listen wurde schließlich recherchiert und für jeden Einzelfall rekonstruiert, in welchen Gemeinden bzw. Amtsgemeinden die jeweiligen Teilnehmenden in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* haupt- und/oder ehrenamtlich aktiv sind. Abb. 3 zeigt folglich die Aktionsräume aller Personen, die an den Zukunftsdialogen teilnahmen bzw. sich für einen Zukunftsdialog angemeldet haben. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass es eine sehr breite Abdeckung im gesamten Land Brandenburg gibt. Besonders viele Interessenten und Aktive finden sich erwartungsgemäß in den größeren Städten des Landes sowie im engeren Verflechtungsraum zu Berlin. Aber auch in einigen peripheren Landkreisen ist in nahezu jeder Gemeinde mindestens eine Person aktiv.¹⁴ Die Darstellung ist gleichwohl unvollständig, da nur diejenigen Personen berücksichtigt wurden, die auf den Anmelde Listen der 18 Zukunftsdialoge verzeichnet sind. Es ist anzunehmen, dass darüber hinaus noch weitere Akteure in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* aktiv sind. Zudem waren auf allen 18 Veranstaltungen Vertreter aus Verwaltung und Politik auf Kreis- und Stadtebene anwesend, deren Handlungs- und Aktionsfeld jeweils das gesamte Kreis- oder Stadtgebiet umfasst.

Es kann somit festgehalten werden, dass im Land Brandenburg flächendeckend ein dichtes Netzwerk von Akteuren vorhanden ist, die sich in diesem Handlungsfeld engagieren. Dieses Potenzial wurde durch die Zukunftsdialoge sichtbar gemacht. Gleichwohl ist anzunehmen, dass „das Heben dieser Schätze“ in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich gut gelungen ist.

¹⁴ Eine Korrelation zwischen der Zahl der Aktiven in den Gemeinden und der Anzahl der Bewohner ergibt einen Pearsonsschen Korrelationskoeffizienten von $r^2=0,67$. Damit werden knapp 70 % der Varianz der Aktiven in den Gemeinden von der Größe der jeweiligen Gemeinde erklärt. Die Zahl der Aktiven ist damit vor allem von der Gesamtzahl der Einwohner in den Gemeinden abhängig.

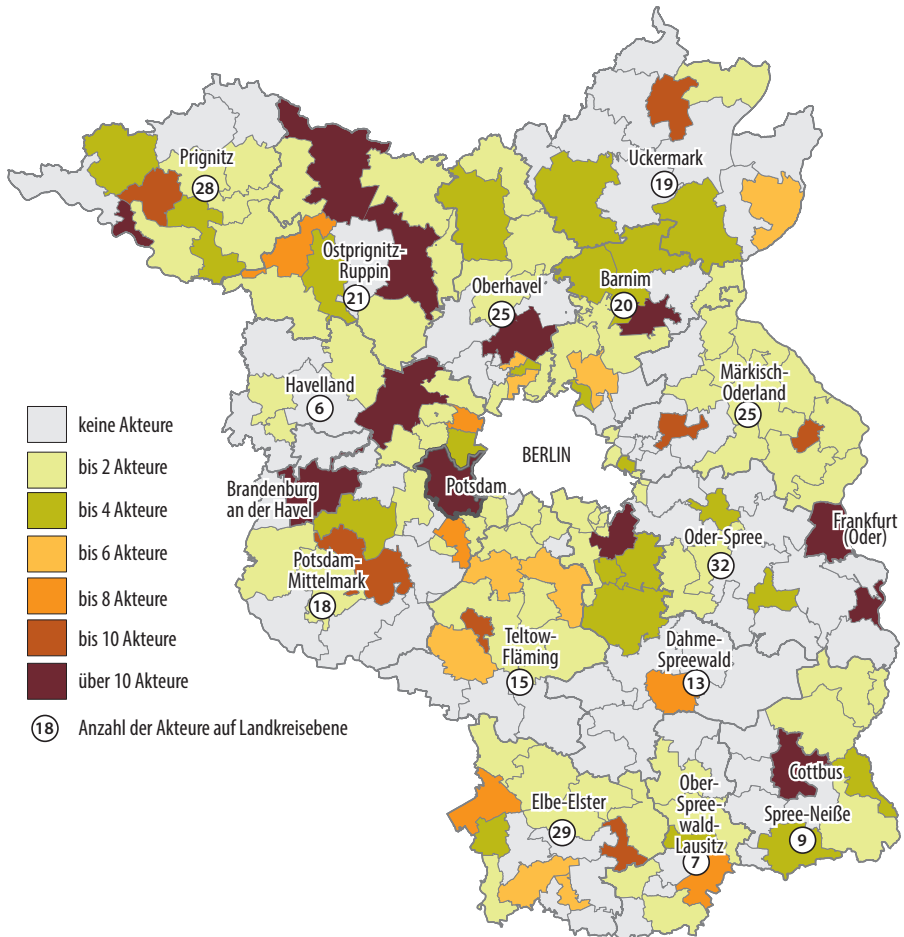


Abb. 3: Aktionsräume der Teilnehmer der Zukunftsdialoge auf der Ebene von Gemeinden und Amtsgemeinden

3.3 Erwartungen an die Landesebene und an eine weitere Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im folgenden Kapitel geht es um die Erwartungen der lokalen Akteure und der Teilnehmer der Zukunftsdialoge an die Landesebene und die Regionalisierung des Handlungskonzepts (vgl. Kap. 2, Frage 2). Die Ausführungen stützen sich auf die Auswertung der Arbeitsgruppenergebnisse der Zukunftsdialoge, auf Gespräche mit regionalen Organisatoren, Moderatoren und Teilnehmern und auf 14 aufgezeichnete Kurzinterviews. Berücksichtigt wurden auch die Rückmeldungen der Projektleitung von DIB e.V., der MBT sowie von LAP-/PfD-Koordinatoren. Aus dem breiten Spektrum von Wünschen, Ideen, Vorschlägen und Erwartungen wurden für die Kapitel 3.3.1 und 3.3.2 nur diejenigen Rückmeldungen ausgewählt, die sich explizit an die Landesebene des TBB richten und die einen Beitrag zur Konkretisierung des offenen Konzepts der Regionalisierung darstellen. Die nachfolgenden beiden Kapitel liefern eine systematisierende, qualitative Auswertung der am häufigsten genannten Aspekte aus diesen sehr unterschiedlichen Quellen.¹⁵

3.3.1 Erwartungen an die Landesebene

Zur Landesebene des TBB werden in dieser Expertise diejenigen Mitglieder des Beratungsnetzwerks gezählt, die nur eine zentrale Repräsentanz haben und nicht auch mit Regionalbüros in der Fläche des Landes vertreten sind. Das sind die Koordinierungsstelle, der Verein Opferperspektive e.V. und das Aktionsbündnis. Da das Handlungskonzept ein ressortübergreifendes Konzept der Landesregierung ist, gehören im weiteren Sinne auch die Ministerien und weitere Landeseinrichtungen zur Landesebene des TBB.

Das Handlungskonzept „*Tolerantes Brandenburg*“ der Landesregierung war vielen Teilnehmern der Zukunftsdialoge vor allem durch die Vergabe von Fördermitteln bekannt. Dadurch, so einige Rückmeldungen, könne das Handlungskonzept seine Bekanntheit weiter erhöhen. Angemahnt wurde bisweilen eine verständliche(re) Sprache für die Bürger. Zudem wurde der Hinweis gegeben, dass die landesweiten Plakate und Flyer zum Thema Rechtsextremismus auch in nichtdeutschen Sprachen veröffentlicht werden sollten. Explizit wurde mehrfach der Wunsch geäußert, die dezentralen Beratungsstrukturen langfristig zu sichern.

Das *landesweite Beratungsnetzwerk* erfuhr während der Zukunftsdialoge viel Lob. Die Beratungseinrichtungen wurden als „verlässlicher Ansprechpartner bei der organisatorischen Unterstützung von regionalen Veranstaltungen“ und „das Beratungsnetzwerk als Ideenschmiede“ bezeichnet. Hervorgehoben wurden z. B.

¹⁵ Einzelne Aussagen von Personen oder auf Flipcharts werden hier wörtlich zitiert; sie sind dann in Anführungszeichen gesetzt.

die Inspirationen durch das Konzept „Schöner leben ohne Nazis“ des Aktionsbündnisses. Als positiv wurde hervorgehoben, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge die Möglichkeit bestand, die jeweiligen Personen aus den landeszentralen Beratungseinrichtungen persönlich kennenzulernen; dies mache die Arbeitsbeziehungen angenehmer und auch leistungstärker.

Zahlreiche positive Rückmeldungen konnten auch im Hinblick auf die Arbeit der *Koordinierungsstelle* registriert werden. Die Koordinierungsstelle „betreibt eine erfolgreiche politische Verwaltung des TBB gegenüber der Landespolitik“ und „sorge für eine verlässliche Sicherung des Haushalts“. Bei der Unterstützung von regionalen Veranstaltungen sei sie in finanzieller wie organisatorischer Hinsicht ein zuverlässiger Partner. Herausgestellt wurde darüber hinaus die sehr gute landesweite Öffentlichkeitsarbeit, die mittlerweile auch die neuen Technologien und Medien nutze und damit neue Adressatengruppen erreicht. Als Anforderungen an die Koordinierungsstelle wurde formuliert, dass fortlaufend in die Regionen informiert und mit den dortigen Aktiven kommuniziert werden solle. Dabei müsse besser verdeutlicht werden, „wofür die Koordinierungsstelle zuständig ist und wofür nicht“. Als äußerst wichtig und wünschenswert wurde die persönliche Bekanntschaft mit den zuständigen Ansprechpartnern eingeschätzt; deshalb würden Teilnahmen von Vertretern der Koordinierungsstelle an Veranstaltungen in den Regionen (z. B. auf Demokratiekonferenzen) sehr hoch geschätzt. Durch ein systematisches „Reinhören in die Region“ könnten regionale Themen von der Koordinierungsstelle auch vermehrt aufgenommen und gebündelt werden.

An die *Landespolitik und ihre Vertreter* wurde wiederholt die Forderung adressiert, dass klare und profilierte Stellungnahmen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und Rechtsextremismus nötig seien. Gerade Landespolitiker seien aufgrund ihrer Prominenz in der Lage, einzelne politische Themen für besonders relevant zu erklären und damit für eine erhöhte Aufmerksamkeit innerhalb der Verwaltung zu sorgen. Die entsprechenden Themen ließen sich dann auch seitens zivilgesellschaftlicher Träger leichter bearbeiten.

Insgesamt erwarteten die lokalen Organisatoren und Teilnehmer der Zukunftsdialoge, dass sie als „lokal Engagierte stärker in Entscheidungen einbezogen werden“ (z. B. bei Standortentscheidungen zu Flüchtlingsunterkünften). Immer wieder wird die Erwartung geäußert, die lokalen und regionalen Netzwerke müssten stärker als wirkliche Partner ernst genommen werden. Resümiert man die Rückmeldungen zu diesem Aspekt, so muss betont werden, dass die regionalen Netzwerke in erster Linie eine (höhere) Wertschätzung von der Landesebene erwarten und erst an zweiter Stelle eine konkrete Unterstützung (vgl. auch Kap. 3.4).

3.3.2 Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im Hinblick auf eine Regionalisierung des Handlungskonzepts wurden während der Zukunftsdialoge ebenfalls zahlreiche positive Einschätzungen sichtbar. So dominieren überall die Auffassung und der Eindruck, dass man *in den Landkreisen und kreisfreien Städten bereits sehr gut vernetzt sei und die bestehenden Beratungsangebote den regionalen Bedarfen sehr gut gerecht werden*. Die seit Jahren verlässliche Existenz der im Beratungsnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen ermögliche es, jeweils bedarfsspezifisch Beratung und teilweise auch materielle Unterstützung anzubieten. Es wurden auch Beispiele für horizontale Vernetzungen von Akteuren zwischen den Landkreisen genannt, die ohne Vermittlung einer Organisation des Beratungsnetzwerks aufgenommen wurden.

Eine zentrale Rolle spielen dabei – so die Beobachtung während der Zukunftsdialoge und die Aussagen der Teilnehmer – die in der Fläche vorhandenen RAA und MBT. Sie seien in den Regionen sehr gut etabliert. „Die persönliche Bekanntschaft, die persönliche Präsenz und die persönliche Glaubwürdigkeit sind entscheidend“ für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diese langjährige und verlässliche Existenz der regionalen Beratungsstrukturen wird sehr hoch geschätzt. Positiv wird insbesondere die Personalkontinuität innerhalb der Beratungs- und Fortbildungsorganisationen hervorgehoben. Damit seien verlässliche Kooperations- und Vertrauensverhältnisse aufgebaut worden. Gerade bei der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus, das ein hohes Stigmatisierungspotenzial für Personen und Gemeinden enthalte, habe sich die Diskretion und die professionelle Fachlichkeit der regionalen RAA und MBT bewährt. Vor diesem Hintergrund richten die Akteure in den Regionen die Erwartungen an die Landesebene, dass dieses Beratungsangebot auch für die Zukunft gesichert ist. Dabei solle das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ insgesamt „offen bleiben für neue Themen und Aufgaben, die sich aus dem Anspruch von Inklusion und Integration ergeben“.

In Bezug auf das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung herrscht bei den verantwortlichen Organisatoren der Zukunftsdialoge in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine sehr einheitliche Haltung vor: Man möchte „Netzwerke sich selbst organisieren lassen“: In dieser Formulierung aus einem Interview verdichtet sich das Interesse an einer regionalen Autonomie und selbstständigen Ausgestaltung der eigenen Tätigkeitsbereiche in den Regionen. Verbunden ist dieses Interesse in einigen Landkreisen mit einem starken Selbstbewusstsein: Man weiß, dass man regional gut vernetzt ist, innerhalb der Region gut über Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten Bescheid weiß und insofern im Regelfall auf eigenen Füßen stehen kann. Über die eigenen Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte möchten die Landkreise und kreisfreien Städte selbst entscheiden. Projektideen landesweit zu kommunizieren sei sinnvoll, „ein Herantragen von konkreten Projekten und Veranstaltungsformaten an die regionale Ebene ist nicht erwünscht“.

3.4 Ziele, Themen und Ergebnisse der Zukunftsdialoge

„Angeregte Gespräche, neue Erkenntnisse, Ernüchterung angesichts von Fakten ebenso wie Motivation durch Engagement anderer. Fertige Konzepte und festgeschriebene Programme gab es nicht, dafür jedoch die Ermunterung, weiter nachzudenken, Kontakte, die bei der Demokratiekonferenz geknüpft wurden, weiter zu pflegen, miteinander im Gespräch zu bleiben, miteinander Projekte zu planen und die Anregungen aus Vorträgen und Workshops mitzunehmen in die eigene Arbeit ... sowie den Wunsch, dass aus den Ergebnissen der Workshops Schlussfolgerungen gezogen werden, die in konkretem Handeln münden.“

„Über Erfolge zu sprechen lohnt, denn gerade in schwierigen Situationen kann die Konzentration auf positive Momente dazu beitragen, frei zu werden und Lösungen für Probleme zu finden.“¹⁶

In diesem Kapitel werden die Fragen beantwortet, *welche Ziele die Veranstalter mit den Zukunftsdialogen verfolgt haben, welche Themen im Handlungsfeld bearbeitet wurden* (vgl. Kap. 2, Frage 3) und *welche Ergebnisse die Zukunftsdialoge insgesamt gebracht haben*.

3.4.1 Regionalvernetzung wichtiger als Kooperation mit Landesebene TBB

Die *Ziele der Zukunftsdialoge* wurden wie folgt formuliert:¹⁷

„Ziel ist es, in Kooperation mit der Koordinierungsstelle ‚Tolerantes Brandenburg‘ die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Region noch stärker in der Arbeit auf Landesebene zu berücksichtigen. 18 regionale Konferenzen ‚Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg‘ werden in den Jahren 2015 und 2016 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt, um lokale Akteure, Politik und Verwaltung zum gemeinsamen Dialog über die Zukunft der Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung im Land und in den Kommunen anzuregen. Ein wesentlicher Part kommt hierbei auch den lokalen Partnerschaften für Demokratie und den lokalen Bündnissen zu.

¹⁶ Zitate von der Webseite des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

¹⁷ Vgl. Webseite Zukunftsdialog „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/about/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

[...] Wir laden daher alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit der Demokratieentwicklung und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aktiv sind oder aktiv werden wollen, herzlich ein. Des Weiteren sind auch die regionalen Strukturen der Kooperationspartner der Koordinierungsstelle des Toleranten Brandenburgs dazu aufgerufen, sich in den Dialog mit einzubringen. Wir begrüßen ebenso die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, sowohl auf Landesebene als auch auf regionaler Ebene.“

Damit hatten die Zukunftsdialoge *zwei zentrale Ziele*, die von Anfang an in einem gewissen Spannungsverhältnis standen:

1. *Ziel*: Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und zentraler Ebene, d. h. eine künftige stärkere Berücksichtigung der Bedarfslagen in den Regionen durch die Landesebene. Dieses Ziel war wiederum zweiteilig: Erstens sollte über das Handlungskonzept und das Beratungsnetzwerk informiert werden, und zweitens sollten die existierenden Kooperationspartnerschaften auf Landesebene auch auf der lokalen Ebene gestärkt werden.
2. *Ziel*: Initiierung eines Austauschs zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen.

Beide Ziele hängen eng zusammen: Auf der Basis der Ergebnisse der Zukunftsdialoge (2. Ziel) sollten sich konkrete inhaltliche und strukturelle Folgerungen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Region und Landesebene ableiten lassen (1. Ziel). Die Zukunftsdialoge richteten sich an einen sehr breiten und äußerst heterogenen Adressatenkreis der lokalen wie der Landesebene.

Bei der Konzeptionierung und Durchführung der 18 Zukunftsdialoge wurden zwar beide Ziele aufgegriffen; im *Fokus der Regionen stand jedoch das zweite Ziel: der Austausch in den eigenen Netzwerken*, während das erste Ziel zunächst vor allem durch Informationen seitens der Landesebene realisiert wurde. Dies spiegelte sich auch in der Tagungsstruktur wider: vormittags der Informationsteil der Koordinierungsstelle einschließlich Verfassungsschutz, nachmittags Arbeit in Kleingruppen (vgl. Tab. 2).

Für die verantwortlichen Akteure war es eine enorme Herausforderung, mit diesen zum Teil unterschiedlichen Zielstellungen und Interessenlagen umzugehen, die sie aber zunehmend besser bewältigten. So konnte ein möglicher „Bruch zwischen Vormittags- und Nachmittagsteil meist vermieden bzw. abgemildert werden. Die lokalen Akteure passten die allgemeinen Zielvorgaben relativ autonom an ihre Bedürfnisse an und verfolgten ihre eigenen Ziele, z. B. Vernetzung, Akteure zusammenbringen, Haupt- und Ehrenamtliche vernetzen, praktischer

Austausch der Aktiven (Willkommensinitiativen), regionale Netzwerke stärken, zum Flüchtlingsthema ins Gespräch kommen, Entwicklung des Rechtsextremismus vor Ort kennenlernen, über Rechtspopulismus aufklären, Informationen zur Integration (Arbeits-, Wohnungsmarkt usw.) erhalten, neue Akteure gewinnen, Dialog mit Zivilgesellschaft führen usw.

Darüber hinaus wurde auch die *Kooperation mit der Landesebene als Ziel* verfolgt, meist jedoch deutlich nachrangig, z. B. das TBB kennenlernen, das TBB bekannt machen und Perspektiven entwickeln, „*TBB soll sehen, was vor Ort passiert*“ usw.

Die Erwartungen an die Zukunftsdialoge waren sehr unterschiedlich und reichten von „*müssen Auftrag erfüllen*“ und „*nicht sehr optimistisch*“ bis hin zu sehr konkreten Erwartungen, z. B. neue Kontakte knüpfen und Vernetzung herstellen.

3.4.2 Von der Rechtsextremismus-Bekämpfung zur Flüchtlingsdebatte: Themen und Bedarfe in fünf Thesen

Die Konzepte der einzelnen Zukunftsdialoge wurden in einem längeren Diskussionsprozess entwickelt, an dem Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und Ebenen beteiligt waren.¹⁸ Im Ergebnis unserer Auswertungen lassen sich die Befunde zu den Themen und Entwicklungsbedarfen in den folgenden fünf Thesen zusammenfassen:

1. *Die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter war das dominierende Thema der Zukunftsdialoge.*

Gemessen an den Themenvorschlägen, den Thementischen und den dokumentierten Ergebnissen haben die Flüchtlingsdebatte und die Integration der Geflüchteten die Diskussion auf den Zukunftsdialogen weitgehend dominiert. Das gilt sowohl für die unmittelbare Thematisierung in Form von konkreten Hilfs- und Unterstützungsangeboten – z. B. Sprachkurse, Wohnung, Arbeit, Bildung, Gemeinde usw. – oder in Form stärkerer Vernetzung der Willkommensinitiativen als auch für die mittelbare, indirekte Thematisierung, wenn es z. B. um verbesserte Arbeitsbedingungen für Ehrenamtlichen geht oder auch um den Umgang mit Ängsten, die durch die Zuwanderung bei vielen Menschen ausgelöst bzw. verstärkt wurden.

2. *Im Zeitverlauf (2015 bis 2016) hat sich durch die Flüchtlingsdebatte der Fokus der Zukunftsdialoge gewandelt. Mit dem Thema „Zuwanderung“ sind neue Themen und neue Akteure hinzugekommen.*

¹⁸ Die Genese der Zukunftsdialoge – sowohl des Gesamtkonzepts als auch der 18 Einzelveranstaltungen – ist nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise.

Während auf den ersten Zukunftsdialogen eine größere Themenbreite vertreten war (neben der Frage der Integration z. B. der Umgang mit Rechtsextremismus, Demokratie- und Partizipationsförderung, Netzwerkarbeit in Vereinen wie Sport, Feuerwehr, Jugendthemen, Menschen in prekären Lebenslagen u. a.), rankte sich die Diskussion im Laufe der Zeit zunehmend um die *Integration von Geflüchteten*.

Ursprünglich waren als Schwerpunkte der Zukunftsdialoge die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Förderung der Demokratie vorgesehen; de facto sind jedoch das Thema „Zuwanderung Geflüchteter“ und die in diesem Themenfeld arbeitenden Akteure im Verlauf der Zukunftsdialoge hinzugekommen. Das hängt möglicherweise mit der offenen Themenformulierung zusammen oder mit dem dominierenden Thema „Flüchtlinge“ oder mit einem Mangel an anderen Austauschmöglichkeiten. Damit kam mit der Flüchtlingsdebatte – quasi über Nacht – ein neues Ziel hinzu: die Integration Geflüchteter. Die Zukunftsdialoge haben diesen aktuellen Bedarf flexibel aufgegriffen und im Rahmen der Netzwerke zu bearbeiten versucht.

3. *Auch „alte“ Themen wurden im Gefolge der Flüchtlingsdebatte modifiziert, z. B. Fokus Rechtspopulismus.*

Die „alten“ Themen wie Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung wurden im Laufe der Zeit durch den „Problemdruck“ vor Ort mit neuen Inhalten gefüllt. Ging es beispielsweise zunächst eher um allgemeine Informationen über Geflüchtete, stellten sich zunehmend konkrete Fragen der praktischen Unterstützung, z. B. beim Spracherwerb, bei Rechtsfragen, der Integration in Kita, Schule, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Kommunen, Umgang mit Traumata, Öffentlichkeitsarbeit, Fördermöglichkeiten u. a. Zu dem „klassischen“ Thema wie der Situation des Rechtsextremismus in den Regionen kamen neue Fragen hinzu wie (1) der Umgang mit dem erstarkenden Rechtspopulismus – auch im Internet („Viral Hass“) – (2) die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilen oder Islamphobie.

4. *Im Vergleich zur Flüchtlingsthematik kam anderen Themen, einschließlich des Themas „Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und Landesebene/TBB“, weitaus weniger Bedeutung zu.*

Das von der Landesebene verfolgte Ziel der Verbesserung der Kooperation mit der lokalen und regionalen Ebene stand bei den Thementischen und Diskussionen kaum im Vordergrund. Ähnliches gilt auch für solche Themen wie Demokratieerziehung, Beteiligungsprozesse, Wertebildung, politische Bildung, Jugend(sozial)arbeit u. a. Die Tatsache, dass die Landesebene den Kontakt zur Basis suchte und über die vielfältigen Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten sowie über Entwicklungen des Rechtsextremismus in den Regionen informierte, wurde über-

wiegend als informativ und hilfreich aufgenommen – nicht nur von den neuen Akteuren. Besonders groß war dabei das Interesse an Fördermöglichkeiten, z. B. Ansprechpartnern, Übersichten zu Förderprogrammen und Möglichkeiten des Zugangs zu Fördergeldern.

Ein *Dialogprozess zwischen lokaler und Landesebene kam während der Veranstaltungen höchstens punktuell zustande*. Dieser war allerdings kaum zu erwarten, sind doch – so kann vermutet werden – die gegenseitige Informiertheit zu gering und die Erwartungen zu unterschiedlich. Auch die personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine intensivere Kommunikation und Kooperation sind bisher nicht gegeben. So scheint z. B. die Rolle der Kooperationspartner in den Regionen ausbaufähig zu sein (vgl. Kap 3.2). Gleiches gilt für die nachgeordneten Behörden und Einrichtungen der im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ vertretenen Ministerien und Institutionen, z. B. Schulamt, Kitas sowie nicht zuletzt für die politischen Parteien.

5. *Jeder Zukunftsdialog hatte – trotz zentraler (Ziel-)Vorgaben – sein eigenes Profil. Dieses hing ab von den Besonderheiten der Landkreise, deren Strategien und Interessen sowie der Qualität bestehender Netzwerke und der Professionalität der Akteure.*

Die 18 Zukunftsdialoge waren in Inhalt und Form sehr unterschiedlich. Sowohl die thematische Breite als auch die Vielfalt der Tagungsformate waren eindrucksvoll. So reichte die Palette von Veranstaltungen, die der Information und Fortbildung dienten, über Diskussions- und Austauschveranstaltungen bis hin zu Vernetzungstreffen, z. B. für Willkommensinitiativen, wobei die meisten Veranstaltungen eine Mischung aus den genannten drei Elementen darstellten. Hervorzuheben sind auch die gelegentlichen kulturellen Umrahmungen, die Einbeziehung innovativer Methoden, z. B. Speed-Dating, oder die öffentliche Würdigung von Initiativen.

Das Profil der Zukunftsdialoge und auch deren Gelingen hing von mehreren Faktoren ab. Gemessen an den Rückmeldungen und Beobachtungen lassen sich vor allem folgende Gelingensbedingungen für die Zukunftsdialoge identifizieren:

- » Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und langjährige Erfahrungen im Handlungsfeld
- » Verknüpfung des Zukunftsdialogs mit anderen Netzwerktreffen (Demokratiekonferenz, Entwicklung eines Integrationskonzepts) und damit auch Reduzierung von „Tagungsverdichtungen“
- » Regionale Bedingungen (z. B. urbane und strukturschwache Regionen) und regionale politische Kultur
- » Professionalität der beteiligten Akteure, einschl. Tagungsdidaktik
- » Äußere Bedingungen (Zeiten, Ereignisse, Wetter usw.)

3.4.3 Zukunftsdialoge – eine gute Kommunikationsgelegenheit für Aktive? Drei Befunde

Mit Blick auf die Zukunftsdialoge ist festzustellen, dass diese sehr unterschiedliche Funktionen erfüllten, was einerseits deren Potenziale, andererseits aber auch deren Grenzen verdeutlicht:

- » Informations- und Aufklärungsfunktion im Handlungsfeld
- » Vernetzungsfunktion für alte und vor allem neue Akteure
- » Fortbildungsfunktion, z. B. Trainingsprogramme
- » Transferfunktion: Bekanntmachen von Initiativen und guten Beispielen
- » Anerkennungsfunktion: Würdigung von Engagierten und Initiativen
- » Politische Funktion: Beitrag zur politischen Kultur
- » Symbolische bzw. Öffentlichkeitsfunktion

Es stellt sich die Frage, welche Funktionen mit welchen Formaten am besten zu erfüllen sind. Die Zweiteilung der Zukunftsdialoge (Input am Vormittag und Austausch am Nachmittag) verdeutlichen dieses Spannungsfeld.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Ziele (1) Initiieren eines Dialoges in Regionen und (2) mit der Landesebene lassen sich – auf der Basis der Beobachtungen und Rückmeldungen – thesenhaft folgende *drei Hauptergebnisse* festhalten:

- 1) *Der Austausch zu aktuellen Problemen in den Regionen ist überwiegend gelungen.*

Hintergrund für diese recht positive Bilanz ist die Tatsache, dass in den allermeisten Regionen aktive Akteursgruppen und Netzwerke existieren, die die mit den Zukunftsdialogen gebotene Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung genutzt haben. Auf der *Habenseite* stehen z. B. anregende Gespräche, eine konstruktive Gesprächsatmosphäre, das Aktivieren und Kennenlernen neuer Akteure, der Austausch von Kontaktdaten, Angebote zur Vernetzung sowie die Informationsgewinnung oder praktische Tipps über vielfältige Themen im Handlungsfeld. Auf der Seite der *Wünsche* stehen u. a. die Entwicklung von längerfristigen Konzepten und Strategien, der Ausbau verlässlicher Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und mehr Unterstützung vor Ort. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist zu fragen, was aus den neuen Kontakten wird, ob entsprechende Konzepte bzw. Strategien entwickelt werden und ob sich Kommunikation bzw. Kooperation verbessern werden, z. B. zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Frage fundiert beantworten, ob sich der Aufwand der Zukunftsdialoge gelohnt hat.

- 2) *Für einen intensiveren Dialog zwischen lokaler und Landesebene scheint demgegenüber derzeit kein größerer Bedarf zu bestehen.*

Eine Information über Strukturen und Fördermöglichkeiten des TBB sowie über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vor Ort wird – von Zeit zu Zeit – als wichtig und wertvoll erachtet. Noch wichtiger scheint jedoch die Bereitstellung niedrigschwelliger Kommunikationsräume für den inhaltlichen Austausch zu spezifischen Problemen vor Ort zu sein. Die Rolle der Landesebene wäre in diesem Zusammenhang weiter zu präzisieren.

- 3) *Die flexible Integration des Flüchtlingsthemas belegt die Funktionsfähigkeit der bestehenden Netzwerke. Gleichwohl bedarf es einer Ausweitung des Dialoges vor Ort, insbesondere einer stärkeren Einbeziehung von „Normalbürgern“, um Tendenzen von Distanzierung, Wut und Polarisierung entgegenzuwirken.*

Die Flüchtlingsdebatte bewegt viele Bürger und droht auch das Land Brandenburg zu polarisieren.¹⁹ Die Zukunftsdialoge haben das Thema flexibel aufgegriffen, konkrete Probleme diskutiert und Vorhaben initiiert, z. B. für einen Lokalen Aktionsplan oder ein Integrationskonzept. Dadurch wird zugleich auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur „im Kleinen“ geleistet. Diese Ansätze gilt es auszubauen, damit der Zukunftsdialog über den Kreis der Aktiven hinausgeht und breitere Bevölkerungskreise, auch mit unterschiedlichen politischen Auffassungen, erreicht. In einer heterogenen, pluralistischen Gesellschaft sind Zukunftsdialoge eher kontrovers zu verstehen, was auch Konsequenzen für die konzeptionelle Weiterentwicklung des TBB hat.

Richtungsweisend in diesem Sinne ist folgendes Statement:

„Es sollten in den Kommunen Diskurse angeregt und befördert werden, die der Polarisierung entgegenwirken. Subjektive Ängste als auch Unzufriedenheit mit der Asylpolitik müssen thematisiert werden. Eine große Verantwortung trägt dabei die lokale Politik. Neiddebatten sollten dabei durch Sachdebatten ersetzt werden. Trotzdem sollte es keine Tabuisierung von relevanten Themen geben. Die Beförderung der Diskursfähigkeit auf allen Seiten ist dabei eine große Herausforderung. Es müssen die entsprechenden Diskursforen oder auch Diskursräume geschaffen werden. Dazu bedarf es auch einer Unterstützung der lokalen Bedeutungsträger aus Wirtschaft, Kultur, Verbänden und Politik.“

¹⁹ Das korrespondiert mit aktuellen Befunden zu den Ängsten im Land Brandenburg: Ca. 80 % der Brandenburger haben Angst vor Spannungen durch den weiteren Zuzug von Ausländern und vor Überforderung durch Flüchtlinge. Das ist bundesweit ein Spitzenwert. Vgl. <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-bundeslaender.pdf> (letzter Zugriff: 2.2.2017).

Mit der Aufnahme von ‚fremden‘ Menschen in den Kommunen entstehen Konflikte, die nicht immer politisch motiviert sind. Die Kommunen brauchen ein adäquates und aktives Konfliktmanagement. Nicht bearbeitete Konflikte führen zu Eskalationen und ermöglichen die Instrumentalisierung durch den politischen Rechtsextremismus. Die Bearbeitung von Konflikten erfordert Handlungssicherheit. Die demokratischen Akteure müssen rassistischen und fremdenfeindlichen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten. Alle Formen der lokalen sozialen Kontrolle und Interventionen sind hier auszuschöpfen. Diesbezügliche Aktivitäten brauchen Vernetzung, Zuständigkeiten/Verantwortungsübernahmen und Verabredungen für adäquate Synergien.“²⁰

²⁰ Vgl. Dokumentation des Zukunftsdialogs in Eisenhüttenstadt auf der Webseite des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 2.2.2017).

4 FAZIT UND FOLGERUNGEN

In diesem Kapitel werden im ersten Teil die zentralen Erkenntnisse der Expertise zusammengefasst (Kap. 4.1) und anschließend im zweiten Teil mögliche Folgerungen diskutiert (Kap. 4.2).

4.1 Zukunftsdialoge bestätigen Funktionieren der regionalen Netzwerke

Ziel der Expertise war es, die 18 Zukunftsdialoge von April 2015 bis November 2016 wissenschaftlich zu beobachten. Damit sollte die Frage beantwortet werden, inwieweit mit den Dialogen die angestrebte Regionalisierung des TBB realisiert wurde (vgl. Kap. 2). Die stärkere Unterstützung, insbesondere von peripheren Regionen, war eine von mehreren Empfehlungen der Expertise von 2014. Mit der Durchführung der Zukunftsdialoge ging es um das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung bei der Weiterentwicklung des TBB. Die vorliegende Expertise stützt sich auf einen Methoden-Mix: Statistiken, Kurzinterviews mit Hauptakteuren, teilnehmende Beobachtungen sowie die Auswertung von Dokumentationen.

Bei der Beobachtung der Zukunftsdialoge standen drei Fragen im Mittelpunkt:

1) *Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?*

An den 18 Zukunftsdialogen nahmen insgesamt 1.244 vorwiegend lokale Akteure teil. Die Analyse der Teilnehmerschaft zeigt, dass in allen Regionen ein sehr breites Spektrum an Aktiven und Interessierten vertreten war: Von Bundes- und Landtagsabgeordneten bis zu interessierten Einzelpersonen nahmen sehr unterschiedliche Akteure und Netzwerke an den Zukunftsdialogen teil. Die Veranstaltungen dokumentierten, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg eine beeindruckende Vielfalt von Personen und Institutionen in den Handlungsfeldern *Demokratieförderung*, *Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus* sowie *Migration/Integration* aktiv sind. Hauptamtliche Akteure aus der kommunalen Verwaltung waren ebenso anwesend wie Ehrenamtliche aus Vereinen und Willkommensinitiativen. Die konkreten Handlungsfelder, in denen die Teilnehmer sich engagierten bzw. in denen sie tätig waren, zeichneten sich ebenfalls durch eine sehr große Breite aus (vgl. Abb. 2). Ausgangspunkte und Motoren dieser regionalen Aktivitäten waren in der Regel die LAP/PfD in Kombi-

nation mit den lokalen MBT und RAA sowie den Stadt- bzw. Kreisverwaltungen. Das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen war allerdings von zahlreichen Determinanten abhängig: Beispielsweise wirkte sich eine zeitlich dichte Folge von ähnlichen Veranstaltungen in der Region oder im Land in der Regel negativ auf die Teilnahmebereitschaft aus.

2) Welche Erwartungen stellen die Akteure in den Regionen an die Landesebene?

Die Zukunftsdialoge sollten (1.) die Kooperation zwischen Landes- und Regionalebene verbessern und (2.) den Austausch zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen voranbringen. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass es auf den Zukunftsdialogen in erster Linie um den Austausch innerhalb der Regionen ging, d. h. um die horizontale Vernetzung. Das Formulieren von Erwartungen und Anforderungen an die Kooperation mit dem TBB hatte für die Teilnehmer nicht die erste Priorität. Gleichwohl wurden *Einschätzungen im Hinblick auf die Arbeit der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks* geäußert. So wurde vor allem die zentrale Bedeutung der Koordinierungsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, die Fördermittelbereitstellung und die Lobbyarbeit auf Landesebene hoch geschätzt. Die Akteure hoben auch den Stellenwert des dezentralen Beratungsnetzwerks als einen wichtigen Kristallisationspunkt für eine Aktivierung in den Regionen hervor.

Im Hinblick auf eine weitere *Regionalisierung des Handlungskonzepts* der Landesregierung stellen die Verantwortlichen in den Regionen heraus, dass mit den MBT, den RAA, den LAP/PfD und den Kreisverwaltungen bereits sehr gut etablierte Akteure dezentral aktiv seien. Als besonders bedeutsam galt diesbezüglich eine personelle Kontinuität sowohl auf Landes- als auch auf der lokalen Ebene sowie die Offenheit und Flexibilität für veränderte Herausforderungen. Die Akteure in den kreisfreien Städten und Landkreisen gehen davon aus, dass sich die dezentralen Netzwerke weiter stabilisieren lassen und sich autonom ausdifferenzieren werden.

3) Welche Themen sind im Handlungsfeld in den Regionen wichtig?

Zum *dominierenden Thema* auf den Zukunftsdialogen wurde, insbesondere seit dem Herbst 2015, die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter – ein Handlungsfeld, das ursprünglich nicht im Fokus der Zukunftsdialoge und des TBB stand und (neben Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung) als neues Thema hinzukam. Andere Themen traten demgegenüber in den Hintergrund, z. B. die vertikale Kommunikation zwischen lokaler und Landesebene, Beteiligungsprozesse, Demokratieerziehung und andere. Traditionelle Themen, wie Bekämpfung des Rechtsextremismus, wurden modifiziert (Umgang mit Rechtspopulismus, Hass im Internet usw.).

Durch das Aufgreifen der Flüchtlingsthematik wurde flexibel auf Bedürfnisse und Problemlagen vor Ort reagiert. Insofern haben die Zukunftsdialoge auch einen wichtigen Beitrag zur aktuellen politischen Debatte und zur Integration von Flüchtlingen geleistet. Gleichwohl ist nach möglichen Folgen der Aufgabenerweiterung der Zukunftsdialoge und des TBB insgesamt zu fragen. Dass die Zukunftsdialoge eher einen Austausch zu drängenden Gegenwartsproblemen darstellten und weniger einen Dialog über die Zukunft, erklärt sich aus der aktuellen Entwicklung.

Der anvisierte regionale Austausch ist weitgehend gelungen, wie die Rückmeldungen der Teilnehmer und Verantwortlichen zeigen, z. B. anregende Gespräche, Kennenlernen neuer Akteure, Vernetzung usw. Inwieweit die Veranstaltungen eine nachhaltige Wirkung entfalten können und z. B. Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ausgebaut werden, hängt vor allem von deren Nachbereitung ab.

Abschließende Anmerkungen zur Funktion und zur Zukunft der Zukunftsdialoge:

Resümierend haben die Zukunftsdialoge sehr unterschiedliche Funktionen erfüllt: Zunächst ist die *Informations- und Aufklärungsfunktion* zu nennen. Die Informationseinheit, die sowohl der Darstellung der Hauptakteure des Handlungskonzepts wie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gewidmet war, stellte einen wichtigen Beitrag für die Information von Personen dar, die neu zu den Akteursnetzwerken hinzugekommen waren. Die Informationen waren auch für diejenigen von hohem Interesse, die bislang zwar mit den regionalen Akteuren des TBB – insbesondere den MBT, der RAA und dem Aktionsbündnis – zusammengearbeitet hatten, denen sich aber die organisatorische Konstellation nicht vollständig erschlossen hatte. Die Rückmeldungen der Teilnehmer zum informierenden Teil der Zukunftsdialoge lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass regelmäßige Informationen über die Entwicklung, die Struktur und die Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sinnvoll sind. Kritisch bemerkt wurde aber, dass die frontal-direktive Form dieser Einheit den Erwartungen vor allem derjenigen Teilnehmer häufig nicht gerecht wurde, die bei anderen Veranstaltungen partizipative Formate kennengelernt hatten.

Insbesondere die regionalisierten Veranstaltungsteile und Arbeitsphasen der Zukunftsdialoge hatten eine wichtige *Vernetzungsfunktion*: Sie dienten dem fachlichen und persönlichen Austausch der Akteursnetzwerke in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Neue Mitwirkende konnten über die neuen Themen und Handlungsfelder (Flüchtlingshilfe, Integration) gewonnen werden – allerdings in nur überschaubarem Maße aus dem Kreis der Landeskooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Kritisch ist anzumerken, dass aufgrund der großen Anzahl von inhaltlich ähnlich ausgerichteten Vernetzungstreffen von einigen Aktiven bisweilen auf Überforderungen und Redundanzen hingewiesen wurde.

Schließlich lässt sich den Zukunftsdialogen eine *Symbol- bzw. Öffentlichkeitsfunktion* zuschreiben. Gegenüber der Öffentlichkeit wird ein gemeinsames Einstehen von Staat und Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz und eine entsprechende Handlungsbereitschaft dokumentiert. Darüber hinaus sind die Zukunftsdialoge in Zeiten einer sehr dynamischen Entwicklung in der Flüchtlingspolitik zu einer Plattform geworden, die für Akteure wie Öffentlichkeit eine Ventilfunktion und Krisenbewältigung ermöglicht hat.

Das Gelingen der Zukunftsdialoge, die allesamt ein eigenes Profil aufwiesen, war von mehreren Faktoren abhängig. Sie profitierten vor allem von der Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und dem Vorhandensein einer eigenen Strategie, von der politischen Kultur vor Ort und der Professionalität der Akteure. Festzuhalten ist gleichwohl, dass die Zukunftsdialoge auf ein sehr disparates Publikum zielten. Dies machte es mitunter schwierig, die Erwartungen und Anforderungen aller Beteiligten zu erfüllen. Es ist daher fraglich, ob die von den Zukunftsdialogen erfüllten Funktionen weiterhin im Rahmen von *einer* Veranstaltung geleistet werden können bzw. sollten. Konstruktiver erscheint es, z. B. die wichtige Informations- und Aufklärungsfunktion über das Handlungskonzept TBB und seine Akteure in bereits bestehende und von den Regionen selbst organisierte Veranstaltungen zu integrieren.

4.2 Mögliche Folgerungen für die weitere Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Für die Zukunftsdialoge wurde seitens der Initiatoren und Veranstalter mit einem offenen Konzept von Regionalisierung gearbeitet. Was im Einzelnen mit der Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gemeint war und wie eine stärkere Regionalisierung ausgestaltet sein kann, war damit Gegenstand der Zukunftsdialoge selbst und auch Frage der wissenschaftlichen Beobachtung. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus unserer Sicht einige mögliche Folgerungen für eine Regionalisierung des Handlungskonzepts (vgl. Kap. 4.2.1) und entsprechende Anpassungsbedarfe für die handelnden Institutionen beschreiben (vgl. Kap. 4.2.2 und 4.2.3).

4.2.1 Regionalisierung

Die Zukunftsdialoge haben sichtbar werden lassen, dass im Land Brandenburg in allen Städten und Landkreisen aktive Akteursnetzwerke existieren. Sie unterscheiden sich in vielen Merkmalen, weisen aber die Gemeinsamkeit auf, dass es Personen und Gruppen gibt, die motiviert und in der Lage sind, die regionalen Netzwerke zu organisieren. Dies geschieht teils durch die Personen und Orga-

nisationen, die derzeit die Koordinatoren der PfD und LAP stellen; wo keine derartigen Formationen existieren, gibt es freie Träger und engagierte Einzelne, die de facto als Ansprechpartner fungieren. Aufschlussreich ist auch, dass sich diese Akteursnetzwerke heterogen zusammensetzen: Ehrenamtlich Tätige, Beschäftigte bei freien Trägern und aus den Kommunalverwaltungen, Vereins- und Verbandsvertreter, Privatpersonen und Kommunalpolitiker bilden die Basis der Behandlung von aktuellen Problemen in den Städten und Kreisen. Es wäre insofern unzureichend, hier lediglich von der Zivilgesellschaft zu sprechen.

Eine *Unterstützung dieser Netzwerke und ihrer Kerne* kann im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ auf zwei Wegen erfolgen:

1. auf Landesebene:

Mit der Koordinierungsstelle existiert eine bewährte Serviceeinrichtung, die zum einen selbst Fördermittel vergibt und zum anderen als Berater, Koordinator und Mitentscheider bei der Vergabe von Bundesmitteln fungiert. Das Aktionsbündnis unterstützt die im Land bestehenden Bündnisse und Initiativen, gibt inhaltliche Anregungen, fördert die Vernetzung und leistet praktische Hilfe. Die Opferperspektive berät die Opfer rechter Gewalt und vermittelt rechtliche, psychologische und medizinische Hilfe. Eine Unterstützung der regionalen Netzwerke könnte bedeuten, Informationseinheiten zu den Zuständigkeiten und Angeboten dieser drei auf Landesebene agierenden Einrichtungen den regionalen Akteuren anzubieten. In den Landkreisen und kreisfreien Städten wäre dann zu entscheiden, ob und in welcher Form von derartigen Angeboten Gebrauch gemacht wird. Mit dieser *systematischen und transparenten Informations- und Kommunikationspolitik* könnte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass in den regionalen Netzwerken personelle Fluktuationen stattfinden.

2. auf der lokalen Ebene:

Als integraler Teil des Beratungsnetzwerks sind die RAA sowie die MBT mit ihren Konzepten der dezentralen Angebote seit fast zwei Jahrzehnten in den Landkreisen präsent. Eine weitere Regionalisierung im Sinne einer Unterstützung von Nachfragen aus den Regionen könnte hier bedeuten, die derzeit bestehenden Teams personell und in ihrer Infrastruktur (Recherchekapazität, Büro, Mobilität) zu verstärken oder neben den derzeit bestehenden sechs regionalen Niederlassungen, den „Büros für Integration und Toleranz“ (BIT) weitere Standorte zu eröffnen. Eine *mögliche Stärkung des Beratungsnetzwerks* sollte sich dabei auch an objektiven Bedarfslagen orientieren, z. B. Verbreitung rechtsextremer und rechtspopulistischer Phänomene in den Regionen.

Sowohl die Expertise von 2014 wie die jetzige bestätigen eindrucksvoll, dass die regionalen Akteure des Beratungsnetzwerks mit ihren dezentralen Angeboten in vielerlei Hinsicht eine hohe Passung zu den geäußerten regionalen Bedarfen aufweisen. Dies könnte in Zukunft weiter ausgebaut werden. Konkret wurde

mehrfach der Bedarf *nach öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen* geäußert, die sich an eine breite Öffentlichkeit wenden. Bei solchen Veranstaltungen sollten gerade strittige Themen, etwa die Flüchtlingspolitik oder Rechtspopulismus, behandelt werden. Bei der Ermittlung der Bedarfe, der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen könnten die dezentralen TBB-Akteure eine wichtige Rolle spielen.

4.2.2 Themen und Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburgs“

Zur zentralen Programmatik des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gehört die doppelte Aufgabe der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Förderung von demokratischem Bewusstsein und Verhalten. Im allgemeinen Teil der Zukunftsdialoge wurde dies dadurch unterstrichen, dass in aller Regel über die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Region berichtet wurde.

Bereits in der letzten Expertise ist zum Ausdruck gebracht worden, dass mit dem zweiten Aufgabenfeld der „Demokratisierung der Demokratie“ ein sehr weiter Bereich umrissen wird. Hingewiesen wurde insbesondere auf das damit verbundene Dauererfordernis, *das Verhältnis der spezifischen Aufgaben der Akteure der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks zu den Aufgaben der verschiedenen Ministerien sowie anderer landesweit agierender Institutionen* (z. B. der Landeszentrale für politische Bildung, des Landespräventionsrates u. a.) zu bestimmen (vgl. Expertise 2014). Dieses Erfordernis stellt sich nun umso mehr, da mit der Flüchtlingsthematik ein weiteres Thema und neue Akteure unter dem Dach des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ Einzug gehalten haben. Damit sind neue Aufgaben für die im Rahmen des landesweiten Handlungskonzepts tätigen Akteure verbunden, die bislang nicht zu ihren genuinen Aufgaben gehörten. Beispielsweise wurde im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik bei mehreren Zukunftsdialogen das Thema *Ehrenamt* bearbeitet und dabei eine mögliche Überforderung der ehrenamtlich Tätigen sowie das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen thematisiert.

Es war fraglos angemessen und hilfreich, den Austauschbedarf der Regionen zu den unabweisbaren Tagesaufgaben der Flüchtlingshilfe und Integrationsarbeit in die Zukunftsdialoge zu integrieren. Die „alte“ Frage nach dem spezifischen Gegenstand des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, die eine Aushandlung von Zuständigkeiten und Nichtzuständigkeiten impliziert, stellt sich vor diesem Hintergrund aber aufs Neue. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ zu sehen, welches wie die Koordinierungsstelle des „Toleranten Brandenburg“ in der Staatskanzlei angesiedelt ist und mit dieser in Personalunion geführt wird (vgl. Kap. 3.1.4).

4.2.3 Öffentliche Darstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Die Auswertung der Zukunftsdialoge macht deutlich, dass gerade bei neuen Interessensgruppen teilweise eine erhebliche Unkenntnis über die organisatorischen und förderpolitischen Strukturen im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die Zuständigkeiten seiner Akteure herrschte. Auch langjährigen Kooperationspartnern von RAA und MBT war nicht immer bewusst, dass es sich dabei um zwei Arbeitsbereiche eines Vereins handelt, der integraler Teil des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ist. Für andere Mitglieder des Netzwerks gilt Ähnliches.

Vor diesem Hintergrund wäre überlegenswert, wie die Außendarstellung der unterschiedlichen Akteure und Institutionen, die im Zuge des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ aktiv sind, angepasst oder vereinfacht werden kann. Dem muss in einem ersten Schritt vorausgehen, inwieweit die (in Kap. 4.2.2 bereits angesprochenen) sehr vielfältigen Aufgaben, Aufgabenzuschnitte und Zuständigkeiten pointierter und transparenter zu- oder ausgewiesen werden können. In einem zweiten Schritt wäre dann auszuhandeln, wie sich die zweifellos zusammenhängenden Handlungskomplexe von Demokratieförderung (einschl. der Thematisierung von Rechtspopulismus), kritischer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Integration und Flüchtlingshilfe sowohl nach innen wie auch nach außen wirksamer und klarer profilieren lassen.

Ob und wie nun die dargestellten Entwicklungsmöglichkeiten von den verantwortlichen Akteuren im Einzelnen aufgegriffen und konkret bearbeitet werden, kann nicht von außen vorgegeben werden. Mit Blick auf eine mittelfristige Entwicklungsperspektive scheint es angeraten, zu den angeführten Themen- bzw. Konfliktfeldern in einen Austauschprozess einzutreten. In einem solchen Prozess könnten mögliche Anpassungen beraten und gegebenenfalls Umsetzungsschritte geplant werden. Zugleich ließen sich dadurch die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern.